

An aerial photograph of a deforested hillside. The ground is covered in brown soil and numerous piles of cut logs and branches. In the background, a dense forest of tall evergreen trees covers the upper part of the hill under a cloudy sky.

Die Linke

Landesverband
Baden-Württemberg

Positionen und Debatten-
beiträge

Sozial - ökologische Transformation



Landesverband
Baden-Württemberg

Diese Broschüre dokumentiert Beiträge und Debatten der ersten Programmkonferenz des Landesverbands Baden-Württemberg der Partei Die Linke zum Thema sozial-ökologische Transformation am 11.07.2026 in Heilbronn im Rahmen des bundesweiten Programmprozesses.

Herausgeberin:

Die Linke Baden-Württemberg

Falkertstr. 58

70176 Stuttgart

Telefon: 0711-241045

E-Mail: info@die-linke-bw.de

www.die-linke-bw.de

V.i.S.d.P.: Lisa Neher

Redaktion: Ajla Salatović

Gestaltung: Saltanat Abduvaliev

Fotos: Lissi-Markenportal (auf S.6, 7, 8, 9, 12, 13, 15, 16, 17, 18, 20, 21, 23, 24, 26, 27, 29, 31, 32, 34)

Druck: Onlineprinters GmbH, Fürth

August 2026

Vorwort - Warum diese Debatte? Warum jetzt?	3
<i>Lisa Neher</i>	
Teil I - Perspektiven auf eine sozial-ökologische Transformation	5
1. Ökosozialismus - Gesellschaft innerhalb planetarer Grenzen	7
<i>Bernd Riexinger</i>	
2. Sorgende Städte - Eine feministische Perspektive auf die Transformation	10
<i>Johanna Tiarks</i>	
3. Kohlenstoff Kolonialismus. Das große Geschäft mit dem Recht auf Dreck. Ein Beispiel aus Sambia	12
<i>Kathrin Hartmann</i>	
4. Gemeinsam Ideen entwickeln - Ergebnisse aus dem Crowd Sourcing	15
Teil II - Transformation der Automobilindustrie	18
Wie gestalten wir den Umbau der Automobilindustrie zu einer sozial- ökologischen Mobilitätsindustrie von links?	21
<i>Ajla Salatović</i>	
Teil III - Wie geht es im Programmprozess weiter?	24

Vorwort - Warum diese Debatte? Warum jetzt?



Lisa Neher

Im Oktober 2011 hat Die Linke auf dem Parteitag in Erfurt ihr Grundsatzprogramm – das Erfurter Programm – verabschiedet. In diesem Programm haben wir die Koordinaten für eine sozialistische Partei im 21. Jahrhundert formuliert und Orientierung für eine demokratisch-sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft gegeben. Das Programm ist an vielen Stellen sehr vorausblickend gewesen und hat wichtige Traditionslinien der Linken in eine Pluralität zusammengefasst, die wir dringend bewahren sollten. Dabei sind für uns bis heute drei Grundideen leitend:

- „Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft.
- Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.
- Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.
- Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.“ (Erfurter Programm, S. 10)

Wir können jetzt in Echtzeit beobachten wie diese ökologische Modernisierung, die soziale Frage nicht mitgedacht hat

Der sozialökologische Umbau der Wirtschaft als ein zentraler Baustein für einen demokratischen Sozialismus, den wir in einem emanzipatorischen Prozess vorantreiben möchten hat also bereits heute einen prominenten Platz in unserem Programm.

Wenn wir uns jetzt – 15 Jahre später – an ein Update des Grundsatzprogramms machen, dann sollte der ökologischen Frage weiterhin eine ganz zentrale Rolle zugesprochen werden. Ein Update darf die Klarheit, die das Erfurter Programm formuliert hat: „Der Kapitalismus wird sozialen Bedürfnissen, ökonomischen Herausforderungen und ökologischen Lösungen nicht gerecht“ und „Die soziale und die ökologische Frage können nur gemeinsam gelöst werden.“ nicht verwischen.

2026 stehen wir aber auch vor anderen Voraussetzungen und Herausforderungen als 2011.

2011 gab es noch kein Pariser Klimaabkommen – dieser Meilenstein der internationalen Klimaabkommen wurde erst 2015 geschlossen. Heute – 11 Jahre später – ist der Meilenstein des 1,5 Grad Ziels schlecht gealtert

und in unerreichbare Ferne gerückt. Ob das 2 Grad Ziel noch zu halten ist, ist ebenfalls mehr als unsicher.

Was sicher ist. Deutschland wird seine Klimaziele verfehlen, es wird weder 2045 noch 2050 klimaneutral sein, wenn die Bundesregierung so weiter macht. Das hat der Expertenrat für Klimafragen erst in diesem Mai erneut festgestellt.

Der Slogan „System Change not Climate Change“ ist auf den Straßen verhallt, aber notwendiger denn je.

Dieser Hitze-Sommer bringt die Klimakrise wieder, wenn auch zaghaft, auf die Tagesordnung. Doch anders als 2019 fehlt momentan eine große Bewegung wie Fridays for Future, die die Klimakrise unüberhörbar und kraftvoll als politisches Thema setzt. Stattdessen beobachten wir in vielen Bereichen einen klimapolitischen Roll-Back. Sei es beim Aus vom Verbrenner-Aus oder dem Heizungsgesetz. Milliarden für Aufrüstung sind Milliarden, die nicht nur in das Geschäft mit dem Tod fließen, das Militär gehört auch zu den klimaschädlichsten Sektoren.



In den 2010er Jahren haben die meisten europäischen Staaten und die Europäische Union einen Pfad der ökologischen Modernisierung unter kapitalistischen Vorzeichen eingeschlagen (Stichwort: Green Deal) – Damit wurde aber auch gleichzeitig die soziale und die ökologische Frage immer weiter gegeneinander ausgespielt. Wir können jetzt in Echtzeit beobachten wie diese ökologische Modernisierung, die die soziale Frage nicht mitgedacht hat oder von vornherein nur im Interesse des Kapitals vorangebracht wurde, vor die Wand fährt. Profiteur ist die extreme Rechte und (zumindest kurzfristig) das fossile Kapital. Rechte Kräfte gewinnen die Oberhand, leugnen den menschengemachten Klimawandel, verteidigen fossile Energien und ihre Industrien und forcieren eine Produktions- und Lebensweise aus dem letzten Jahrhundert. Und die Bundesregierung macht dabei mit, wenn etwa Wirtschaftsministerin Katharina Reiche die Klimaziele als Lobbyistin der Gasindustrie bewusst auf Spiel setzt und die Erneuerbaren Energien schwächt.

Die extreme Rechte profitiert von der Angst, die mit der Transformation von Produktions- und Lebensweisen einhergeht. Sie kanalisiert Ohnmachtsgefühle und Hilflosigkeit in

einem vermeintlichen Recht des Stärkeren und macht aus dem Kampf gegen die Klimakrise und den Schutz unserer Lebensgrundlagen einen rassistischen Kulturkampf. Das können wir in den USA unter Trump genauso beobachten wie hier bei der AfD.

Unsere Antwort auf die Klimakrise ist weder ein grüner noch ein brauner Kapitalismus. Wir verstehen Klimapolitik als Klassenpolitik, die nicht nur mit einer Umverteilung von Reichtum

Wir verstehen Klimapolitik als Klassenpolitik, die nicht nur mit einer Umverteilung von Reichtum einhergeht, sondern ganz grundsätzlich die Eigentumsfrage stellt.

Einhergeht, sondern ganz grundsätzlich die Eigentumsfrage stellt. Eine kapitalistische Wirtschaft, die auf Privateigentum fußt und auf privates Gewinnstreben zielt, produziert nicht nur soziale Ungleichheit, sie steht im Gegensatz zur demokratischen Ausgestaltung unseres Leben und bedroht unsere Lebensgrundlage. Hinter diese Einsicht sollte unser Grundsatzprogramm nicht zurück fallen.

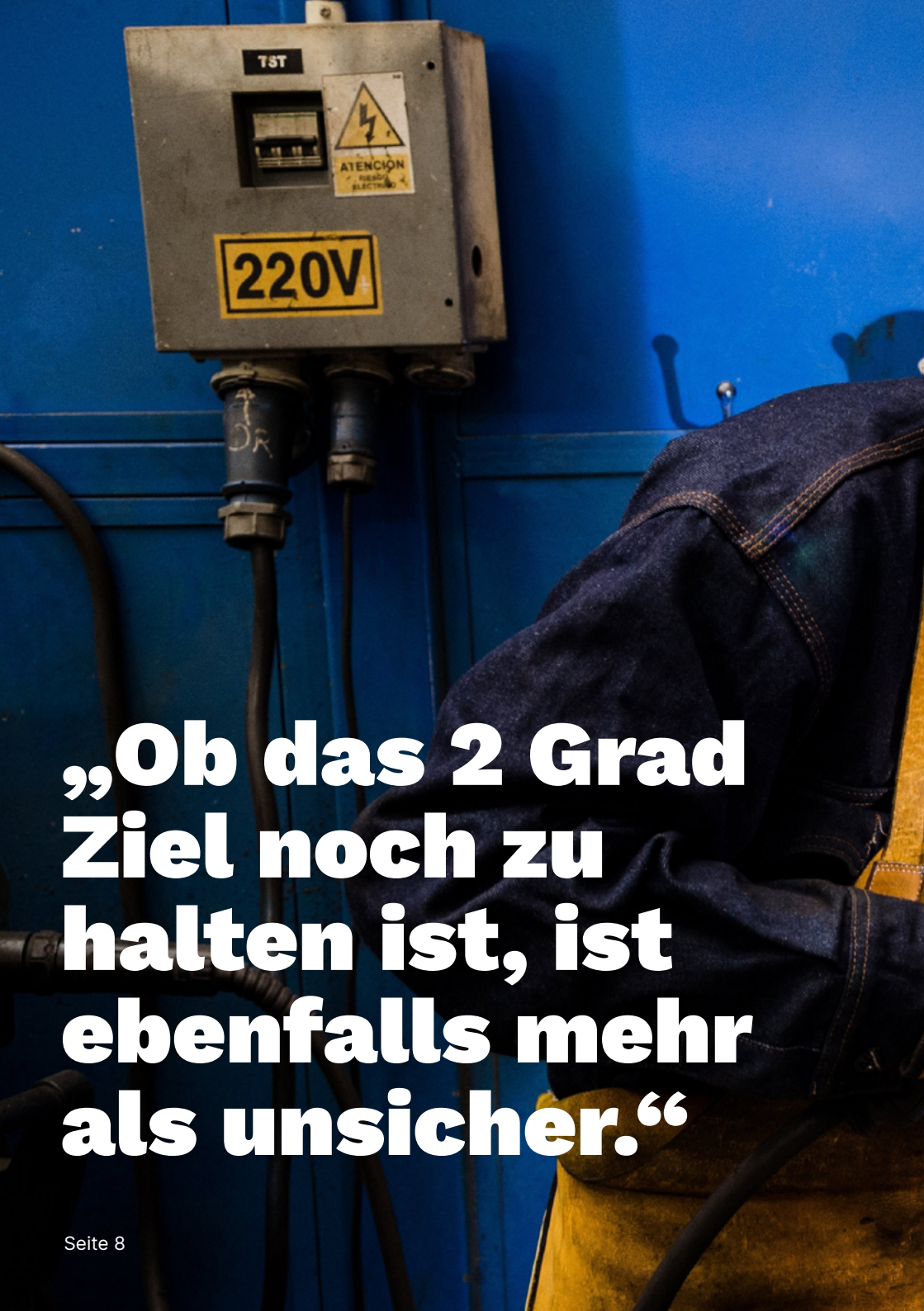
Welche Verantwortung sehen wir beim Individuum, beim persönlichen Konsum, **welche bei der Politik?**

Doch was aus dieser Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise folgt, darüber sollen und müssen wir diskutieren. Welche konkreten Schritte braucht es im hier und jetzt, um eine revolutionäre Realpolitik in einer Welt anzustoßen, die in weiten Teilen auf der Kippe zur Unbewohnbarkeit steht?

Was haben wir den Kolleg*innen in der Automobil- und Zulieferindustrie zu bieten, die ihren Arbeitsplatz verlieren? Wie nehmen wir sie bei dieser Transformation mit – und verlieren sie nicht an die extreme Rechte? Wie bringen wir internationale Solidarität und Standortsicherheit zusammen? Welche Technologie benötigen wir für den sozial-ökologischen Umbau? Oder wäre es zu naiv, auf politische Fragen technische Antworten zu erwarten? Welche Maßnahmen zur Klimaanpassung braucht es? Welche Verantwortung sehen wir beim Individuum, beim persönlichen Konsum, welche bei der Politik? Welche Schritte braucht es, um die Wirtschaft unter demokratische Kontrolle zu bringen und Gesellschaft vom Leben und nicht von der Arbeit zu denken? Und welche Rolle spielen dabei sozial-ökologische Protestbewegungen?



Die Klimakrise ist menschengemacht, deshalb haben wir (noch) die Macht, eine große Katastrophe abzuwenden. Gleichzeitig konfrontiert uns die Klimakrise auch mit ganz physikalischen Grenzen der Bewohnbarkeit der Erde. Die Frage nach einer lebenswerten Gesellschaft und der Rolle einer sozialistischen Partei in einer der stärksten Volkswirtschaften der Welt stellt sich 2026 mit Sicherheit radikaler als 2011. Zugleich sollte es unser Anspruch sein, dass die Erneuerung unseres Grundsatzprogramms ebenfalls mindestens für die nächsten 15 Jahre Bestand hat und unsere Genoss*innen im Jahr 2042 daran noch Orientierung finden.



**„Ob das 2 Grad
Ziel noch zu
halten ist, ist
ebenfalls mehr
als unsicher.“**



1. Ökosozialismus – Gesellschaft innerhalb planetarer Grenzen

Bernd Riexinger

Dieser Tage überschlugen sich die Meldungen über die heißesten Tage, die wir hierzulande jemals erlebt haben.

Überall klagten die Krankenhäuser über überfüllte Notaufnahmen, übervolle Kältekammern, die Zunahme von Hitzeschlägen, Kreislaufzusammenbrüchen und Herzinfarkten. Besonders betroffen sind ältere Menschen und Kinder. Die Zahl der Hitzetoten steigt seit Jahren. Das Bizarre dabei: Es wird der kälteste Sommer für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte sein, denn künftig wird es noch wärmer. Dabei ist der Hitzesommer nur ein kleiner Ausschnitt, wie der Kapitalismus die stofflichen Grenzen nicht mehr lokal oder regional, sondern im planetarischen Maßstab überschreitet.

Obwohl die Klimakatastrophe für die Menschen in den europäischen Ländern im Alltag erfahrbar ist – für die Menschen im globalen Süden ist das schon seit Jahrzehnten der Fall – erleben wir gerade ein Rollback bei der Klimapolitik, eingeleitet von der EU und umgesetzt von den überwiegend konservativen Regierungen, mit oder ohne Beteiligung der Sozialdemokraten und Grünen. Die ins Stottern gekommene Kapitalakkumulation soll durch die Senkung von ökologischen und sozialen Kosten wieder in Gang gebracht werden.

10%

der reichsten Bevölkerung weltweit verursachen über die Hälfte aller weltweiten Treibhausgase.

Unsere frühen Vordenker haben die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Natur schon gut erkannt.

„Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter,“ schrieb Karl Marx. Marx war ein kritischer Beobachter der Unfähigkeit des Kapitalismus dem landwirtschaftlich genutzten Boden durch die Verstädterung seine Ressourcen wieder zurückzugeben und sprach von einem „Riss im Stoffwechsel“. In seiner Kritik des Gothaer Programms kritisierte Marx die Sozialisten, weil sie der Arbeit eine „übernatürliche Schöpfungsmacht“ zuschrieben, indem sie diese als einzige Quelle des Reichtums betrachteten – und dabei die Natur als Quelle des Reichtums ausklammerten. Der Produktivismus prägte die Denkweise von Generationen von Sozialisten



Bernd Riexinger

Jede Produktions- und Lebensweise findet in den Kreisläufen natürlicher Reproduktion ihre stoffliche Grenze. Die ökologischen Kreisläufe stellen die Grundlage sozialer und ökologischer Strukturen dar. Im Unterschied zu den Zeiten von Marx und Engels überschreitet der Kapitalismus die stofflichen Grenzen nicht mehr lokal oder regional, sondern im planetarischen Maßstab. Aktuelle Studien zufolge sind von neun planetaren Grenzen sechs erreicht. (Neben der Erderwärmung sind dies das Artensterben, die Landnutzung, die Störung biogeochemischer Kreisläufe, der Süßwasserverbrauch und die Einbringung neuartiger Substanzen in Boden und Atmosphäre.)

Der Stoffwechsel der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zerstört die Existenzbedingungen von uns allen und gefährdet damit das Überleben von Milliarden Menschen. Der Kollaps von Ökosystemen gefährdet z.B. durch steigende Lebensmittelpreise, Ressourcenkämpfe und Überhitzung der Städte das materielle Überleben besonders der unteren Klassen. Klimagerechtigkeit ist kein grünes Mittelschicht-

sthema, sondern eine Klassenfrage. Die heutige vorherrschende Produktionsweise beruht auf dem Prinzip, dass anfallende Kosten systematisch nach außen, in den globalen Süden, an die ärmeren Menschen oder in die Zukunft verlagert werden. Der Kapitalismus kann mit seinem eingebauten Wachstumszwang die ökologischen Krisen nicht lösen. Ökosozialismus oder ein sozialistisches Projekt muss deshalb für eine Begrenzung des Stoffwechsels sorgen. In Produktions- und Konsumprozessen darf nicht mehr verbraucht werden, als nachwächst oder recycelt werden kann.

Regionale Kreislaufwirtschaften müssen die globalen Wertschöpfungsketten mit ihren energieintensiven Transportwegen weitgehend ersetzen.

Statt einer kurzfristigen Orientierung auf wachsende Konsum- und Industriegütermengen, brauchen wir eine Ökonomie, die auf der Nutzung langlebiger und reparaturfreundlicher Güter, auf nachhaltiger Mobilität und ressourcensparenden Wohn- und Lebensverhältnissen beruht.

Ein ökologisches Zukunftsprojekt braucht einen schnellen Übergang zu einer emissionsfreien Wirtschaft, einem weniger energieintensiven Modus des Wirtschaftens auf der Grundlage erneuerbarer, solarer Energien, wie einer nachhaltigen, die Böden schützenden Landwirtschaft. Der zügige Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter ist ohne Alternative.

Linke Industriepolitik hat zum Ziel, die Produktionsprozesse emissionsfrei zu gestalten. Sie beruht auf dem Prinzip regionaler

Kreislaufwirtschaften und schafft ökologisch nachhaltige Mobilitäts- und Transportsysteme. Eine solche grundlegende Transformation wird aber nur gelingen, wenn gleichzeitig die soziale Sicherheit und Teilhabe der Beschäftigten garantiert wird.

Die wichtigste Herausforderung der Gegenwart besteht darin, der Weltbevölkerung ein gutes Leben zu ermöglichen, das gleichzeitig mit den Reproduktionskreisläufen der Natur in Einklang gebracht werden muss. Ein solches Transformationsprojekt muss auf radikale Weise internationalistisch sein.

Wenn Ressourcen knapper werden, muss ihre Verwendung global geplant und gleichberechtigt organisiert werden. Die extraktive Ausplünderung von Rohstoffen muss durch eine umfassende Dekolonialisierung der Handels- und Tauschbeziehungen aufgehoben werden. Techniktransfer kann ein Beitrag sein, um Ländern des globalen Südens zu ermöglichen, den fossilen Kapitalismus zu „überspringen“.

Sozialismus, wie wir ihn verstehen, soll kein Verzichts- oder Armutssozialismus sein, beruht jedoch auf einem neuen Verständnis



von gutem Leben: einem anderen Wohlbegriff, der nicht von größtmöglichem Konsum, sondern von guter materieller Grundversorgung, umfassenden sozialen Infrastrukturen und einer deutlichen Verkürzung der Lebens- und Wochenarbeitszeit ausgeht und uns allen die Kontrolle über unser Leben zurückgibt. Der Ausbau der sozialen und öffentlichen Infrastruktur ist eine wichtige Brücke für dieses Verständnis. Im Kern unserer Vorstellung von Sozialismus und wie wir dahin kommen, steht also nicht einfach eine gerechtere Verteilung von Geld und Marktzugang, sondern ein Zurückdrängen der Markt- und Geldvermittelten Bereiche unserer Gesellschaft: was für alle da ist, soll allen gehören, von allen gestaltet werden und nach Bedürfnissen nicht nach Profit organisiert werden. Diese Infrastrukturen der öffentlichen Grundversorgung sind auch besser als der Privatsektor mit dem Konzept regionaler Kreislaufökonomien zu vereinbaren.

Die wichtigste Herausforderung der Gegenwart besteht darin, der Weltbevölkerung ein gutes Leben zu ermöglichen, das gleichzeitig mit den Reproduktionskreisläufen der Natur in Einklang gebracht werden muss.

Ein Umbau von Ökonomie und Gesellschaft mit dem Ziel die menschlichen Grundbedürfnisse zu befriedigen und die ökologischen Grenzen nicht zu überschreiten, kann nur geplant vonstattengehen. Unser Verständnis von Planung unterscheidet sich von der „realsozialistischen Planwirtschaft“, die von Bürokratismus und nicht gerade von kollektiver Selbstbestimmung gezeichnet war (und auch von den historischen Begren-



zungen, die heute überwunden sind oder sein können). Planung ist für uns ein demokratischer Prozess, bei dem sich Gruppen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, also Gewerkschaften, Umweltverbände, Anwohner*innen, Konsumenten*innen, etc. über die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen – kommunal, regional, national – verständigen.

Wirtschaftliche Demokratie, in früheren Programmen der Linken z.B. durch Wirtschafts- Sozial- oder Transformationsräte vorgesehen – ist eng verbunden mit der Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Sozialismus ist eine demokratische Gemeinwirtschaft, indem unterschiedliche – kollektive, aber auch individuelle Eigentums- und Nutzungsformen koexistieren. Kommunale Betriebe, öffentlich-rechtliche Anstalten und Genossenschaften, staatliche Unternehmen, aber auch selbstverwaltete Allmende-Systeme. Vergesellschaftung bedeutet Stärkung des Gemeineigentums plus Demokratisierung des Wirtschaftslebens. Die Perspektive eines Ökosozialismus oder demokratischen Sozialismus ist eine wichtige Säule im Grundsatzprogramm, um ein grundlegend neues Verhältnis von Gesellschaft und Natur zu begründen.

2. Sorgearbeit ist in der Krise - Eine feministische Perspektive auf die Transformation

Johanna Tiarks

Der Ökosozialismus kritisiert ein Wirtschaftssystem, das auf Wachstum und Profit ausgerichtet ist und dabei sowohl ökologische Grenzen als auch soziale Bedürfnisse vernachlässigt.

Das Konzept „Sorgende Städte“ kann eine konkrete Antwort darauf sein, Ökosozialismus bei uns vor Ort, in unserer Stadt, unserem Quartier oder auch in dem Dorf in dem wir leben umzusetzen.

In einer sorgenden Stadt werden die Menschen und ihre alltäglichen Bedürfnisse in den Mittelpunkt gestellt.

Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, eine gute Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Pflege und ein öffentlicher Verkehr, den alle einfach nutzen können. Oder Orte an denen man sich ohne etwas zu bezahlen treffen kann.

Gleichzeitig sollen alle die Möglichkeit haben, ihre Stadt, ihr Quartier oder auch ihr Dorf mitzugestalten und füreinander Sorge zu tragen - unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen.

Und ich glaube, dass genau diese Perspektive gerade besonders wichtig ist:

Die Sorgearbeit ist jetzt schon in der Krise und diese Krise wird sich nach den aktuellen bundespolitischen Entscheidungen noch mehr vertiefen.

Wenn wir uns heute in unseren Städten umschauen, sieht die Realität oft ganz anders aus als die Vision einer sorgenden Stadt.

Und ich meine, ihr kennt das alle: Das Deutschlandticket ist für Menschen mit wenig Geld zu teuer, in der Stadt gibt es wenigstens einen öffentlichen Nahverkehr, auf dem Land fährt der Bus dann zweimal am Tag.

Autos verstopfen die Straßen und nehmen uns parkend den öffentlichen Raum weg. Und der fehlt sowieso. Konsumfreie Räume, Plätze an denen sich junge Menschen aufhalten können, oder auch Plätze die so gestaltet sind, dass sich auch Frauen aufhalten. Und auf denen man sich bei der Hitze überhaupt aufhalten kann.

Fehlende Kita-Plätze mit zu geringen Öffnungszeiten, oder die Kita ist gleich so teuer, dass man sich überlegt, lieber nicht zu arbeiten und zu Hause zu bleiben.



Johanna Tiarks



In Stuttgart beispielsweise wurden erst die Betreuungszeiten gekürzt und dann haben sie die Gebühren erhöht.

Hinzu kommen steigende Mieten.

Gleichzeitig werden Pflegekräfte, Erzieher*innen und viele andere Beschäftigte immer stärker unter Druck gesetzt: Sie sollen mit immer weniger Personal immer mehr leisten.

Und dazu liefert unsere Bundesregierung noch eine Gesundheitsreform, um genau das Pflegepersonal noch mehr unter Druck zu setzen. Wodurch die Pflegenden ihren Beruf schlichtweg verlassen. Aber auch pflegende Angehörige werden stark unter Druck gesetzt.

Es gibt immer mehr Frauenhass und Antifeminismus! Und wenn man sich so anschaut, was die AfD für ein Frauenbild transportiert, teilweise auch mit der CDU, ist es auch klar, dass dieser Hass Ergebnis ist von politischen Aussagen ist, die sich ganz klar gegen die Gleichstellung von Geschlechtern richtet.

Und was passiert dann?

Vor allem Frauen erleben den Spagat zwischen Beruf, Haushalt, Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen als enorme Belastung. Nach der Arbeit steht dann noch der Haushalt an und dann bleibt keine Zeit mehr für Erholung, Freundschaften oder sich zum Beispiel auch politisch zu engagieren.

Feministinnen sprechen deshalb von einer doppelten Privatisierung der Sorgearbeit. Einerseits wird die Verantwortung für Betreuung und Pflege immer mehr auf einzelne Familien abgewälzt, statt von der Gesellschaft getragen zu werden. Andererseits wird Sorgearbeit zunehmend zur Ware: Wer es sich leisten kann, bezahlt für Babysitting, eine Reinigungskraft oder eine 24-Stunden-Pflege.

Viele dieser Pflege- und Betreuungskräfte kommen aus Osteuropa oder dem globalen Süden und arbeiten unter prekären Bedingungen. Deshalb spricht man auch von globalen Sorgeketten – die Sorgearbeit verschwindet nicht, sondern wird an andere Menschen weitergegeben.

Anhand dieser Entwicklung wird besonders deutlich, wie Ungleichheiten aufgrund von Geschlecht, Klasse und Herkunft bei der Sorgearbeit zusammenkommen.

Diese sich zuspitzenden Entwicklungen in der professionellen und häuslichen Sorgearbeit bezeichnen Feminist*innen als »Krise der Reproduktion«. Und sie ergibt sich daraus, wie Sorge im Kapitalismus organisiert ist.

Ohne die Sorgearbeit – oder auch Repro-



duktionsarbeit – funktioniert aber weder unsere Gesellschaft noch unsere Wirtschaft. Ohne Kinderbetreuung, Pflege, Kochen oder Hausarbeit gäbe es keine Arbeitskräfte, die jeden Tag zur Arbeit gehen könnten.

Deshalb lautete ein zentraler Slogan des feministischen Streiks: „Wenn wir streiken, steht die Welt still.“ Und wir müssen alle nur sehr kurz überlegen um festzustellen, dass auch in unserem Umfeld einfach nichts mehr funktionieren würde.

Trotzdem wird Sorgearbeit oft so behandelt, als hätte sie keinen wirtschaftlichen Wert. Sie gilt als etwas, das „aus Liebe“ gemacht wird, obwohl die Wirtschaft täglich von dieser meist unbezahlten Arbeit profitiert. Genau darin liegt die Kritik feministischer und sozialistischer Ansätze: Sorgearbeit ist unverzichtbar, wird aber systematisch abgewertet und als selbstverständlich vorausgesetzt.

Deswegen müssen wir uns auf den Weg zu einer Sorgenden Stadt machen, Sorgearbeit vergesellschaften und Sorgearbeit einen anderen Wert zuschreiben.

Das bedeutet, wir müssen genau diese Sorgearbeit vergesellschaften in das Zentrum unseres Denkens und Handelns stellen. Wir alle sind gemeinsam zuständig für die Sor-

gearbeit.

Dafür müssen wir die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen. In Ihrer Stadt, ihrem Quartier oder eben auch in einem Dorf. Und klar ist auch, je nachdem wo ich mich befinde und welche Menschen dort leben sind das andere Sorgebedürfnisse. Und deswegen gibt es auch ganz vielen unterschiedlichen Möglichkeiten eine sorgende Stadt umzusetzen.

Es gibt Polykliniken, in denen alle medizinisch gut versorgt werden. Es gibt eine Community health nurse an Orten wo viele Menschen Pflege benötigen.

In jedem Viertel gibt es ein Sorgezentrum, wo man einfach hingehen kann und ohne bürokratische Hindernisläufe professionelle Hilfe bekommt. Es gibt Kinderbetreuung, Assistenz oder ambulante Pflege. Dort können sich die Menschen aber auch selber organisieren, Lebensmittel retten, eine community kitchen machen oder auch sich gegenseitig bei der Kinderbetreuung unterstützen.

Zu einer »Sorgenden Stadt« gehört ein kostenfreier Nahverkehr, der klimagerecht ist und auch in den Randbezirken regelmäßig fährt. Und auch auf dem Land gibt es einen regelmäßigen Busverkehr.



Die Straßen und Parks sind so angelegt, dass Frauen und queere Menschen nachts weniger Angst haben müssen. Die Ampeln sind so lange grün, dass man auch wirklich überkommt. Es gibt Orte an denen sich Mädchen wohl fühlen und auch aufhalten, es gibt Räume für Sport oder auch einen Spielplatz für ältere Menschen. Wir haben in Stuttgart Plätze, die sind so heiß, da kann man sich schlichtweg nicht mehr aufhalten. Und einer wird dann auch noch gleich passenderweise Bratpfanne von den Stuttgarter*innen genannt. Hier brauchen wir Bäume und aber auch anderen Hitzeschutz. 5100 Hitzetote in Deutschland – damit ist klar, dass wir unsere Quartiere, unser Wohnen anders gestalten müssen.

Es geht darum, soziale Angebote für die Menschen zu machen, die auch auf die unterschiedlichen Bedürfnisse eingehen und gerade auch für vulnerable Gruppen ohne Hürden zugänglich. Wo der Aufenthaltsstatus der Nutzer*innen ist egal.

Die Beschäftigten bei diesen Angeboten haben gute Arbeitsbedingungen. Und natürlich finden alle eine bezahlbare Wohnung! Gemeinsam – von den Menschen vor Ort – wird dann beraten und demokratisch über die Angebote und deren Ausgestaltung entschieden. Dafür braucht es unterschiedliche Gremien.

Dann sieht zwar jede Sorgende Stadt anders aus, aber die Teilhabe und Mitbestimmung ist immer garantiert und es gibt die Angebote, die die Menschen brauchen.

Eine solche Vorstellung wirkt heute auf uns völlig utopisch – und das ist sie auch!

Deswegen kann man eine »Sorgende Stadt« nicht einfach fordern, beschließen und umsetzen. Sie ist aber ein konkretes Bild für eine feministisch-sozialistische Zukunft und kann als Kompass für den schrittweisen Umbau der Sorgeverhältnisse dienen.

Mit diesem Bild können wir alle unsere Forderungen überprüfen, ob sie uns an eine gerechtere Organisation der Sorgearbeit näher bringt. Wir müssen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass es nicht so bleiben muss, wie es ist. Und das politische Entscheidungen das ändern können.

Und wenn wir ein erstes Projekt, wie z.B. ein Nachbarschaftstreff, umgesetzt haben, dann haben wir ein Netzwerk, mit dem wir gemeinsam die nächsten Forderungen umsetzen können.

Es geht also darum, mit kleinen Projekten in eine sozialökologische Transformation zu starten und damit einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft voranzubringen.

Teilhabe und Mitbestimmung ist immer garantiert



In Anlehnung an Rosa Luxemburg wird dafür oft der Begriff der »revolutionären Realpolitik« verwendet.

Und wir können zum Glück von anderen lernen. Praktische Beispiele stammen vor allem aus den municipalistischen Bewegungen im spanischen Staat, die in der Folge von sozialen und feministischen Mobilisierungen im Jahr 2015 die Rathäuser mehrerer Städte eroberten.

Municipalismus hat den einen radikaldemokratischen Anspruch. Heißt, Entscheidungen müssen von den Vielen getroffen werden und dass die Gesellschaft kollektiv organisiert werden sollte. Und dieses Verständnis wird dann in die Institutionen getragen.

In diesem Sinne steht dort dann auch das Konzept der »Sorgenden Städte« für eine Demokratisierung oder auch Vergesellschaftung von Sorgearbeit; zwei Begriffe, die in den spanischen Debatten oft im Zusammenhang verwendet werden, denn bei der Vergesellschaftung geht es nicht lediglich um eine Verstaatlichung, sondern um eine demokratische Verfügung aller über die relevanten gesellschaftlichen Güter.

Und damit um ein Zurückdrängen von den Profitinteressen der Wirtschaft hin zu einer öffentlichen und demokratischen Infrastruktur.

In Barcelona wurde ein kommunales und kostenloses Kinderbetreuungsprogramm

entwickelt. Verwaltet von einer gemeinnützigen Genossenschaft und hat nicht nur reguläre Betreuungszeiten angeboten, sondern auch außerhalb der Schul- und Kitazeiten. Auch am Wochenende. Es kann genutzt werden, wenn es einen Arzttermin gibt oder auch wenn Eltern zu einer politischen Demonstration gehen.

Die Care-Superblöcke (auf Katalan: Superilles de les cures) sind ein Ansatz, der ambulante Pflege neu organisieren will. Das Modell sieht vor, dass Pflegeteams aus ungefähr zwölf Fachkräften jeweils eine Gruppe von etwa 50 Klient*innen betreuen, die alle im selben »Superblock« leben.

Die Care-Karte (auf Spanisch: Tarjeta Cuidadora) kann sowohl von pflegenden Angehörigen beantragt werden als auch von Menschen, die in der ambulanten Pflege beschäftigt sind – also von all jenen, die sich um kranke, behinderte oder ältere Menschen kümmern. Die Karte bietet einen kostenlosen und vorrangigen Zugang zu allen Angeboten, die über die genannten Care-Superblöcke bereitgestellt werden.

Genau darum geht bei der Sorgenden Stadt. Nicht nur um mehr staatliche Angebote, sondern um eine demokratische Vergesellschaftung von Sorgearbeit. Damit Fürsorge nicht länger Überforderung bedeutet, sondern wieder das werden kann, was sie sein sollte: eine gemeinsame Verantwortung und ein gutes Leben für alle.

„ein Zurückdrängen von den Profitinteressen der Wirtschaft hin zu einer öffentlichen und demokratischen Infrastruktur.“

**Eine gemeinsame
Verantwortung
und ein gutes
Leben für alle.**



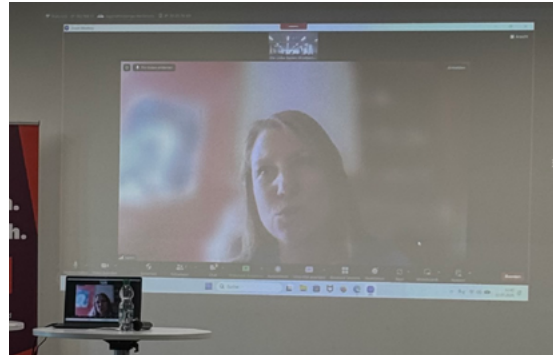


3. Kohlenstoff Kolonialismus. Das große Geschäft mit dem Recht auf Dreck. Ein Beispiel aus Sambia

Kathrin Hartmann

„Sie haben uns gesagt, wir verkaufen Luft“, erzählt Mike. Das war vermutlich die ehrlichste Auskunft, die die Menschen hier von der Firma erhalten haben, die ihnen vorschreibt, wie sie zu leben haben. Mike wohnt im Rufunsa Distrikt südöstlich von Lusaka, der Hauptstadt von Sambia im südlichen Afrika. Sein Dorf grenzt an den Lower Zambezi National Park, wo zwischen bewaldeten Hügeln und den Flussauen des Sambesi Elefanten, Löwen, Büffel, Zebras und Flusspferde leben. Menschen dürfen das in den 20 Nationalparks des Landes nicht, aber in angrenzenden Pufferzonen. Hier betreibt die Firma Biocarbon Partners (BCP) seit 2012 das Lower Zambezi REDD+-Projekt und verkauft daraus CO₂-Zertifikate. Es ist das erste REDD+-Projekt in Sambia. Die Abkürzung steht für Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation. Der UN-Mechanismus soll Emissionen, die aus Abholzung oder beschädigten Wäldern stammen, reduzieren. Die Idee: wenn es für die Länder des Globalen Südens lukrativer wäre, Wälder zu erhalten, wäre dem Klima geholfen. Geld fließt über den Handel mit CO₂-Gutschriften, mit denen Unternehmen ihre Emissionen kompensieren wollen.

„Unser Ziel ist es, bis 2030 jährlich 30 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen zu vermeiden“, verspricht BCP auf der Homepage. Sie betreibt aktuell zwei REDD+-Projekte in Sambia. Drei Millionen Menschen sollen davon profitieren. Das Lower-Zambezi-REDD+-Projekt schütze mehr als 20 Millionen Bäume und vermeide 1,9 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. 1.200 Haushalte ver-



Früher konnten wir einfach in den Wald, jetzt halten uns bewaffnete Scouts ab.

„Unser Leben hat sich verändert“, sagt Lidia. „Wir essen anders, betreiben anders Landwirtschaft und haben einen Teil unserer Freiheit verloren.“ Sie dürfen den Wald, von dem sie lebten, nicht mehr nutzen wie zuvor. Die Gemeinde hat einen Vertrag über 30 Jahre mit BCP geschlossen, der ihnen verbietet, Bäume zu fällen, Rohstoffe zu fördern und Tiere zu töten. De facto ist ihr Wald nun eine No-Go-Area. „Früher konnten wir einfach in den Wald, jetzt halten uns bewaffnete Scouts ab“, sagt Mike. „Wir können nicht mehr fischen und keine Pilze, Früchte, Wurzeln und Medizinpflanzen sammeln. Wir können nicht zu unseren Friedhöfen und wenn unsere Tiere in den Wald laufen, dürfen wir nicht hinterher, sondern müssen das melden.“ Dafür, dass sie ihr Leben auf den Kopf stellen, wird die Gemeinde an den Einnahmen aus dem Zertifikatehandel beteiligt: Sie bekommt 150.000 Kwacha pro Jahr, ungefähr 5.100 EUR, und das Geld muss für Gemeinde-Projekte ausgeben werden. „Letztes Jahr haben wir für 136.000 Kwacha zwei Brunnen gebaut“, sagt John*. Eine

„Sie haben uns gesagt, wir verkaufen Luft“, erzählt Mike.

Schule hätte BCP errichtet. „Aber es gibt zu wenig Stühle und Tische, die Kinder sitzen auf dem Boden“, sagt Vincent*, der hier unterrichtet. „Doch immer, wenn wir BCP um Nachbesserungen bitten, heißt es: kauft euch das selbst.“ Für Bildung und Wasser sollte aber eigentlich der Staat sorgen. Und so lässt die Gruppe ihrem Ärger freien Lauf. Über die Regierung, über Entwicklungsorganisationen, die kommen und gehen und nur Halbfertiges oder Nutzloses hinterlassen, wie die Toiletten, die nicht funktionieren. Über die Leute, die ihnen ihren Wald wegnehmen und sie wie Verbrecher behandeln. „Letztes Jahr haben sie einen toten Löwen gefunden und uns die Schuld gegeben“, sagt Mike wütend. „Wir waren das nicht. Aber sie haben uns von den 150.000 Kwacha 60.000 abgezogen.“

In Chilimba leben rund 1.500 Menschen. Heruntergerechnet bekommen sie 100 Kwacha pro Kopf und Jahr. Das sind circa 3.40 EUR. Wie viel Geld BCP mit den Zertifikaten macht, weiß niemand. Die Firma, registriert in der Steueroase Mauritius, schweigt darüber. Ein Interview gibt sie nicht. „Wir wissen nicht, was sie messen. Sie sagen nur, dass andere keine gute Luft haben und uns dankbar sind, dass wir den Wald schützen“, sagt Vincent. Dankbar ist etwa der Ölkonzern BP: der kauft aus dem Lower-Zambezi-REDD+-Projekt CO₂-Zertifikate und verspricht, damit sein „Netto Null“-Ziel bis 2050 zu erreichen. Dieses Geschenk für die größten

Verschmutzer wurde beim Klimagipfel 2015 gepackt: Artikel 6 des Paris-Abkommen erlaubt den bilateralen Handel mit Emissionsgutschriften und sieht die Schaffung eines globalen freiwilligen Kohlenstoffmarkts für Unternehmen vor. Konzerne müssen also ihren CO₂-Ausstoß nicht verringern, sie können stattdessen Carbon Offsets kaufen, und sich auf dem Papier klimaneutral rechnen. Zum Klimagipfel in Glasgow 2021 hatte ein Fünftel der 2.000 größten Unternehmen weltweit angekündigt, mit CO₂-Gutschriften bis 2050 „Netto Null“ zu erreichen. Ein lukratives Geschäft: der Markt hat sich von 520 Millionen US-Dollar 2020 auf 2,4 Milliarden US-Dollar 2023 fast vervierfacht.

Einer der größten Ölkonzerne der Welt, der für die Klimakrise mitverantwortlich ist, fri-



siert im Luangwa Community Forest Project seine CO₂-Bilanz.

„Als ob man Kohlenstoff in einen Sack packen und damit handeln könnte“, sagt George* und lacht. Wir sitzen an der sandigen Dorfstraße von Mpanshya und schauen auf feuerrot blühenden Flamboyant-Bäume. Die Gemeinde liegt zwischen den Nationalparks Lower Zambezi und South Luangwa. Vor zehn Jahren startete BCP hier das Luangwa Community Forest Project im Rufunsa Game Management Area. Das sind Pufferzonen, in denen sich Dörfer und Gemeindewälder befinden. Und Lodges für Trophäenjäger. Während lokale Gemeinschaften bestraft werden, wenn tote Löwen im Projektgebiet liegen, dürfen reiche Weiße Löwen totschießen, so viele ihr Geldbeutel hergibt. „Es profitieren nur wenige von den Kompensationen, die Bedürfnisse der Gemeinden werden nicht erfüllt“, sagt George.

Manche wollen das Geld für Blechdächer ausgeben, andere für Brunnen oder Dünger, „es gibt viel Streit“. Das Geld reicht nicht, dass sich Dörfer wirtschaftlich entwickeln können. Auch, weil sie die Scouts von ihrem Geld aus dem Schutzprojekt selbst bezahlen. Eine ungeheuerliche Täter-Opfer-Umkehr. Lokale Gemeinschaften werden als „Wilderer“ kriminalisiert, die Vulnerabelsten eingeschränkt und gegeneinander aufgehetzt, während Konzerne ihr Zerstörungswerk mit Verschmutzungsrechten fortsetzen können: Einer der größten Ölkonzerne der Welt, der für die Klimakrise mitverantwortlich ist, frisiert im Luangwa Community Forest Project seine CO₂-Bilanz. Zu den BCP-Partnern gehört der italienische Ölriese Eni, der in Angola, Kongo und Mosambik Öl und Gas fördert. 2021 und 2022 kaufte Eni hier mehr als drei Millionen Zertifikate, etwa um Flüssigerdgas „klimaneutral“ nach Taiwan zu exportieren. Bis 2050 will Eni so



jedes Jahr 40 Millionen Tonnen CO₂ kompensieren. Anders gesagt: Eni kauft die Lizenz, diese Tonnen real ausstoßen zu können.

Den Profit machen die Konzerne, das Nachsehen haben die Menschen vor Ort, nicht nur in Sambia.

Zehn Millionen Tonnen CO₂ seien durch das Luangwa Community Forest Project eingespart worden, schreibt BCP. Klingt gewaltig? Nicht für Thales West: „Es hat eher keine Auswirkungen“, sagt der Professor für Umweltgeografie, der an der Freien Universität Amsterdam zu Kohlenstoffmärkten forscht. Ob und wieviel CO₂ Waldschutzprojekte speichern, ist reine Spekulation. Die Betreiber schätzen bloß, wie viel ohne ihre Projekte abgeholzt worden wäre. Dazu suchen Firmen wie BCP ein Vergleichsgebiet, das dem geplanten Projekt strukturell ähnlich ist, in dem Abholzung stattfand, geplant oder wahrscheinlich ist. Auf Basis dieses Referenzszenarios berechnen sie die Menge von CO₂-Gutschriften, die sie verkaufen. Eine Greenpeace-Studie belegt jedoch, dass das Referenzgebiet nicht mit dem Luangwa Community Forest Project vergleichbar ist – weder, was das Klima, die Bevölkerungsdichte oder die Vegetation betrifft. Beide Projekte von BCP sind von Verra zertifiziert. Die US-Organisation ist der größte Zertifizierer für CO₂-Kompensationen. Verra „kontrolliert“ 75 Prozent der weltweit gehandelten Kohlenstoff-Zertifikate. Ein internationales Team untersuchte 29 von 87 von Verra zertifizierte Waldschutzprojekte und kam zu dem Schluss, dass 90 Prozent der Zertifikate daraus wertlos seien. Nach der wachsenden Kritik hat Verra zwar Projekte auf Eis gelegt, Gutschriften aus Waldschutz-

Den Profit machen die Konzerne, das Nachsehen haben die Menschen vor Ort, nicht nur in Sambia.

projekten sind zurückgegangen. Dafür hat sich die Zahl der Plantagen für Kohlenstoffmärkte im globalen Süden verdreifacht. Die Folgen sind identisch: Laut der Datenbank Landmatrix nimmt „Green Grabbing“ zu. Ein Viertel der kritischen Landgeschäfte betreffen Agrarkraftstoffe, grüne Energie, Kompensations- und Naturschutzprojekte. Auch die Studie „Land Squeeze“ des International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (IPES-Food) macht Carbon Offsets als großen Treiber von Landkonflikten aus. „Der Ansturm auf Land für Kohlenstoffkompensations-Projekte, für Naturschutz oder Vorhaben zur Speicherung von Treibhausgasemissionen wächst rapide. Die Märkte für Kompensations-Projekte bringen selten real irgendeine Einsparung von Treibhausgasen und die riesigen Landgeschäfte entreißen den lokalen Gemeinschaften die Kontrolle über das Land, sie können es nicht mehr nutzen. Den Profit machen die Konzerne, das Nachsehen haben die Menschen vor Ort, nicht nur in Sambia“, sagt Jan Urhahn Leiter des Programms Ernährungssouveränität der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

„Klimafinanzierungs-COP“ in Baku zementiert CO2-Kolonialismus

Trotzdem sind Kohlenstoffmärkte auf der COP 29 in Baku ein Schwerpunkt. Artikel 6 aus dem Paris-Abkommen war noch nicht fertig verhandelt: Es fehlten Regeln für den freiwilligen und bilateralen Handel mit Zertifikaten. Die wurden nun in einem umstrittenen Prozess in Aserbaidschan überraschend zuerst verabschiedet.

Doch was Befürwortende als Erfolg feiern, ist für den Globalen Süden fatal. Hauptverhandlungsführer für COP 29 Yalchin Rafiyev sagte bezüglich Artikel 6: „Dies wird ein bahnbrechendes Instrument sein, um Ressourcen in die Entwicklungsländer zu lenken und uns zu helfen, bei der Umsetzung unserer Klimapläne bis zu 250 Milliarden Dollar pro Jahr einzusparen.“ Mit anderen Worten: Reiche Länder können sich damit weiter um die Klimafinanzierung drücken, wenn arme Länder wie Sambia Carbon Offsets verkau-

fen. Das bedeutet aber, dass diese Länder ihre Wälder nicht anrechnen dürfen, um eigene Klimaziele zu erreichen. Sie müssen nun selbst teure Zertifikate kaufen, fürchtet Joe Romm von der Universität Pennsylvania: „Die reicheren Länder zahlen, um ihre ursprünglichen Klimaziele abzuschwächen, während sie die Last auf die ärmeren Länder abwälzen, die ihre ursprünglichen Ziele erhöhen müssen.“ Kohlenstoff-Kolonialismus also statt Klimagerechtigkeit.

* Namen geändert

Abdruck mit Zustimmung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Beitrag ist am 24.11.2024 online unter <https://www.rosalux.de/news/id/52733/kohlenstoff-kolonialismus> erschienen und Grundlage des Vortrags auf der Konferenz.



Gemeinsam Ideen entwickeln – Ergebnisse aus dem Crowd Sourcing

Nach jedem der drei Inputs waren die Teilnehmenden eingeladen, ihre eigenen Antworten auf eine zentrale programmatische Frage zu formulieren. Mithilfe einer angepassten Variante der 25/10-Crowd-Sourcing-Methode wurden die Ideen bewertet, diskutiert und in Kleingruppen weiterentwickelt. So entstand ein breites Stimmungsbild darüber, welche Schwerpunkte die Mitglieder für das zukünftige Grundsatzprogramm setzen möchten.

Die erste Fragestellung beschäftigte sich mit der Frage, wie ein geringerer Ressourcenverbrauch mit Wohlstand für alle zusammengebracht werden kann. Dabei wurde deutlich, dass die Teilnehmenden Wohlstand grundlegend neu denken wollen. Statt immer mehr Konsum standen eine sichere Grundversorgung, bezahlbarer Wohnraum, Zeit, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe im Mittelpunkt. Besonders häufig wurden regionale Kreislaufwirtschaften, Reparatur statt Wegwerfen, Sharing-Modelle und eine ressourcenschonende Produktion genannt. Gleichzeitig zeigte sich ein breiter Konsens darüber, dass ökologische Nachhaltigkeit nur mit einer gerechteren Verteilung von Reichtum und Macht gelingen kann. Vergesellschaftung zentraler Bereiche der Daseinsvorsorge, demokratische Kontrolle großer Konzerne und eine stärkere Umverteilung wurden dabei als zentrale Voraussetzungen für einen Wohlstand innerhalb planetarer Grenzen verstanden.

Die zweite Runde richtete den Blick auf die unmittelbare Lebensrealität in Städten und Gemeinden. Die Antworten machten deut-



lich, dass Klimaanpassung und soziale Infrastruktur nicht getrennt voneinander gedacht werden. Besonders wichtig waren den Teilnehmenden grüne und hitzeresiliente Stadtteile mit Wasserflächen, Bäumen, Trinkbrunnen und öffentlich zugänglichen kühlen Räumen. Gleichzeitig wurde der Wunsch nach Orten formuliert, an denen Menschen unabhängig von ihrer Kaufkraft zusammenkommen können. Konsumfreie Begegnungsräume, Sorgezentren und gemeinschaftlich genutzte Einrichtungen wurden als zentrale Elemente einer sorgenden Stadt beschrieben. Hinzu kam die Forderung nach einer deutlichen Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zugunsten eines gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehrs sowie sicherer Fuß- und Radwege. Insgesamt zeichnete sich das Bild einer Stadt ab, die den Bedürfnissen der Menschen und nicht dem Autoverkehr folgt und in der Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Gemeinschaft zusammengehören.

Die dritte Fragestellung weitete den Blick auf die internationale Ebene. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie angesichts globaler Krisen Hoffnung entstehen kann und welche Konsequenzen sich daraus für einen antikolonialen Sozialismus ergeben. Die Teilnehmenden betonten, dass internationale Solidarität mit einer ehrlichen Auseinander-

setzung über die globalen Auswirkungen kapitalistischer Wirtschaftsweise beginnen müsse. Besonders häufig wurde gefordert, stärker über neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse, Lieferketten und Instrumente wie den CO2-Zertifikatehandel aufzuklären und die Verantwortlichen klar zu benennen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass Internationalismus nicht bedeuten kann, über Menschen im Globalen Süden zu sprechen, sondern ihre Kämpfe sichtbar zu machen, von ihren Erfahrungen zu lernen und politische Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu organisieren. Hoffnung wurde dabei weniger als abstraktes Gefühl verstanden, sondern als Ergebnis gemeinsamen Handelns - in sozialen Bewegungen, internationalen Netzwerken, gewerkschaftlichen Kämpfen und konkreten politischen Aktionen.

Über alle drei Themen hinweg zeigen die Ergebnisse bemerkenswerte Gemeinsamkeiten. Die Teilnehmenden verbinden soziale Gerechtigkeit konsequent mit ökologischer Transformation und demokratischer Teilhabe. Immer wieder wurde deutlich, dass die großen Herausforderungen unserer Zeit nicht durch individuelle Konsumentschei-

dungen gelöst werden können, sondern tiefgreifende Veränderungen der Eigentumsverhältnisse, der Wirtschaftsweise und der öffentlichen Infrastruktur erfordern. Gleichzeitig ziehen sich Solidarität, Vergesellschaftung, demokratische Planung und die Stärkung gemeinschaftlicher Strukturen als roter Faden durch alle Diskussionen.

Die Ergebnisse des Crowd Sourcings machen deutlich, dass der Programmprozess nicht nur Raum für Debatten schafft, sondern auch konkrete programmatische Impulse hervorbringt. Sie zeigen, welche Visionen die Mitglieder für eine sozial-ökologische, demokratische und internationalistische Gesellschaft entwickeln - und welche Themen sie als Grundlage für ein neues Grundsatzprogramm der Partei verstehen.





Teil II - Transformation der Automobilindustrie

Wie gestalten wir den Umbau der Automobilindustrie zu einer sozial-ökologischen Mobilitätsindustrie von links?

Ajla Salatović

Im Rahmen der Programmkonferenz diskutierten Bernd Riexinger (Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung), Sabine Leidig (ehem. Bundestagsabgeordnete, 2009 bis 2017 verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion), Michael Jäger (#noIAA München) und Marcel Schmied (Betriebsrat bei Bosch Rexroth und IG Metall) wie der Umbau der Automobilindustrie zu einer sozial-ökologischen Mobilitätsindustrie aus linker Perspektive gelingen kann. Dabei brachten die Teilnehmenden Erfahrungen aus Gewerkschaftsarbeit, Klimabewegung, parlamentarischer Politik und betrieblicher Praxis zusammen.

Zum Einstieg schilderten die Podiumsgäste ihre jeweiligen Perspektiven. Marcel Schmied sprach als Betriebsrat eines Bosch-Standortes mit rund 5.500 Beschäftigten über die Situation in den Betrieben. Sabine Leidig verwies auf ihre langjährige gewerkschaftliche und parlamentarische Arbeit sowie auf ihre Auseinandersetzung mit Konzepten einer demokratisch geplanten Postwachstumsgesellschaft. Bernd Riexinger knüpfte an seine langjährige Beschäftigung mit der Verbindung von Klimaschutz und guter Arbeit an und plädierte dafür, die Debatte über die Automobilindustrie immer im Zusammenhang einer umfassenden Mobilitätswende zu führen.

Michael Jäger schilderte seine Erfahrungen aus der Klimabewegung und insbesondere aus der Zusammenarbeit mit Betriebsräten während der Bosch-Kampagne sowie bei den Bündnissen rund um #noIAA und „Wir fahren zusammen“.

Die Automobilindustrie steht vor einem tiefgreifenden Umbruch. Klimakrise, globale Konkurrenz, veränderte Produktionsbedingungen und die zunehmende Unsicherheit vieler Beschäftigter zeigen: Das bisherige Modell der auf Export, Wachstum und privater Rendite ausgerichteten Automobilproduktion stößt an seine Grenzen. Die entscheidende Frage ist deshalb nicht, ob Transformation stattfindet, sondern wer sie gestaltet - und in wessen Interesse sie erfolgt.

Eine sozial-ökologische Transformation darf dabei nicht als Gegensatz von Klimaschutz und Beschäftigung verstanden werden. Im Gegenteil: Die Verbindung beider Fragen ist der Ausgangspunkt linker Politik. Der notwendige Umbau der Industrie muss mit der Sicherung guter Arbeitsplätze, demokratischer Kontrolle und einer neuen Vorstellung von Wohlstand verbunden werden.

Dafür reicht es nicht aus, allein über die Automobilindustrie zu sprechen. Es braucht eine umfassende gesellschaftliche Perspektive, die öffentliche Infrastruktur stärkt und Bereiche wie Mobilität, Wohnen, Gesundheit und Bildung stärker an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet. Der Ausbau öffentlicher und genossenschaftlicher Strukturen ist dabei ein zentraler Bestandteil. Gesellschaftliche Ressourcen müssen dort eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden - nicht dort, wo sie die höchsten Profite versprechen.



Ein wesentlicher Schritt ist die Abkehr von der Vorstellung, dass immer mehr individuelle Autos die Zukunft der Mobilität darstellen. Städte und Kommunen benötigen mehr Raum für Menschen, Natur und öffentliche Infrastruktur. Heute wird ein großer Teil öffentlicher Flächen durch Straßen und Parkplätze beansprucht. Eine andere Stadtentwicklung mit Begrünung, kurzen Wegen und einem starken öffentlichen Nahverkehr würde nicht nur die Lebensqualität erhöhen, sondern auch die Grundlage für eine andere industrielle Ausrichtung schaffen. Automobilregionen müssen zu Mobilitätsregionen weiterentwickelt werden, in denen Bus, Bahn und andere nachhaltige Verkehrssysteme eine zentrale Rolle spielen.

Der Umbau der Industrie darf jedoch nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden. Für viele Kolleg*innen bedeutet Transformation aktuell vor allem Arbeitsplatzabbau, Verlagerung von Produktion oder die Gefahr einer Umorientierung hin zur Rüstungsindustrie. Diese Unsicherheit ist nicht unbegründet: Viele Beschäftigte erleben seit Jahren, dass Investitionen zurückgehen, Produktionsstandorte verlagert werden und Entscheidungen über ihre Zukunft ohne ihre Beteiligung getroffen werden. Die Vorstellung, dass die Deindustrialisierung lediglich verwaltet wird, prägt vielerorts die Wahrnehmung.



Eine linke Antwort darauf muss deshalb materielle Sicherheit garantieren und eine Perspektive schaffen, die über reine Krisenverwaltung hinausgeht. Statt Beschäftigte gegeneinander auszuspielen oder Arbeitsplätze als unvermeidbare Opfer der Transformation darzustellen, braucht es eine Beschäftigungsgarantie und eine aktive industrielle Strukturpolitik. Es gibt gesellschaftlich notwendige Arbeit genug: im Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in der Sanierung von Schulen und Wohnungen, in Reparatur, Wartung und neuen Formen nachhaltiger Produktion. Qualifizierung und Weiterbildung dürfen dabei kein Selbstzweck sein, sondern müssen mit sicheren, tarifgebundenen Zukunftsarbeitsplätzen verbunden werden.

Dabei stellt sich die grundlegende Frage, wer eigentlich darüber entscheidet, was produziert wird. Die aktuelle Eigentumsstruktur der Wirtschaft setzt enge Grenzen: Solange zentrale Entscheidungen vor allem an Profitinteressen ausgerichtet sind, bleibt es schwer vorstellbar, dass Unternehmen freiwillig andere Produktionswege einschlagen. Deshalb braucht es eine Debatte über Vergesellschaftung und wirtschaftliche Demokratie. Gemeint ist dabei nicht lediglich eine staatliche Übernahme, sondern die demokratische Verfügung über wirtschaftliche Entscheidungen durch diejenigen, die in den Betrieben arbeiten und von ihnen betroffen sind.

Mitbestimmung muss über die bisherigen Grenzen hinausgehen. Die Beschäftigten müssen nicht nur über Arbeitsbedingungen, sondern auch über Produktionsziele und Zukunftsentscheidungen mitbestimmen können. Anlagen und Wissen, die über Jahrzehnte von Beschäftigten aufgebaut

wurden, dürfen nicht durch einzelne Managemententscheidungen zerstört werden. Der Weg führt von Mitbestimmung hin zu Selbstbestimmung und einer Demokratisierung der Wirtschaft.

Eine solche Perspektive entsteht jedoch nicht allein durch politische Forderungen. Sie braucht konkrete Verankerung in den Betrieben. Wer die Beschäftigten gewinnen will, muss ihre Lebensrealitäten verstehen, Vertrauen aufbauen und gemeinsam mit ihnen Lösungen entwickeln. Eine Transformation kann nicht von außen verordnet werden. Das Wissen darüber, welche Fähigkeiten, Maschinen und Möglichkeiten in den Betrieben vorhanden sind, liegt bei den Beschäftigten selbst. Aufgabe linker Politik ist es, diese Perspektiven sichtbar zu machen und Räume zu schaffen, in denen Beschäftigte ihre eigenen Ideen für eine andere Produktion entwickeln können.

Dafür braucht es auch eine engere Verbindung zwischen sozialer Bewegung, Gewerkschaften und Klimabewegung. Diese Zusammenarbeit funktioniert nicht durch moralische Appelle, sondern durch langfristige gemeinsame Arbeit. Es braucht Präsenz

vor Ort, Gespräche mit Beschäftigten, eine fundierte Analyse und Menschen innerhalb der Betriebe, die als Vertrauenspersonen wirken können. Klimaschutz muss dabei nicht als abstrakte Forderung vermittelt werden, sondern als Teil einer umfassenden Zukunftsfrage: Wie können gute Arbeitsplätze, technologische Entwicklung und gesellschaftliche Sicherheit miteinander verbunden werden?

Die ökologische Krise macht zudem deutlich, dass eine Rückkehr zum bisherigen Wachstumsmodell keine Lösung sein kann. Ressourcen sind begrenzt, und die Vorstellung eines unbegrenzten materiellen Wachstums steht im Widerspruch zu den planetaren Grenzen. Deshalb braucht es eine neue Definition von Wohlstand. Wohlstand bedeutet nicht, dass alle Menschen ein eigenes Auto besitzen können, sondern dass alle Menschen Zugang zu guter Mobilität, gesunder Umwelt, ausreichend Wohnraum und freier Zeit haben.

Gerade die Frage der Arbeitszeit spielt dabei eine wichtige Rolle. Eine sozial-ökologische Gesellschaft muss darüber sprechen, wie Arbeit gerechter verteilt und Lebenszeit



zurückgewonnen werden kann. Arbeitszeitverkürzung ist jedoch nur dann emanzipatorisch, wenn Beschäftigte selbst darüber entscheiden können und sie nicht mit Einkommensverlust oder sozialem Abstieg verbunden ist. Weniger Arbeitszeit eröffnet Räume für gesellschaftliches Engagement, Sorgearbeit und solidarische Strukturen.

Die notwendigen Veränderungen werden nicht automatisch eintreten. Sie brauchen politische Organisation, gesellschaftlichen Druck und starke Bewegungen. Große Veränderungen entstehen, wenn unterschiedliche Ebenen zusammenkommen: breite gesellschaftliche Bewegungen, betriebliche Organisation und politische Kräfte, die bereit sind, diese Möglichkeiten zu nutzen. Entscheidend ist, Strukturen aufzubauen, die handlungsfähig sind, wenn sich politische Fenster öffnen.

Eine linke Perspektive auf die Transformation der Automobilindustrie bedeutet deshalb nicht, den Menschen Verzicht zu predigen,

sondern eine andere Zukunft sichtbar zu machen. Autofreie oder autoärmere Städte bedeuten bessere Luft, mehr Lebensqualität und mehr Raum für Menschen. Eine demokratisierte Wirtschaft bedeutet nicht weniger Sicherheit, sondern mehr Kontrolle über die eigene Zukunft. Eine vergesellschaftete Produktion bedeutet nicht Stillstand, sondern die Möglichkeit, gesellschaftliche Bedürfnisse über private Profite zu stellen.

Die zentrale Aufgabe besteht darin, diese Vision mit konkreten Kämpfen zu verbinden: mit der Verteidigung von Arbeitsplätzen, mit der Demokratisierung der Wirtschaft, mit dem Ausbau öffentlicher Infrastruktur und mit der Überwindung eines Wirtschaftssystems, das ökologische Zerstörung und soziale Unsicherheit produziert. Eine sozial-ökologische Mobilitätsindustrie entsteht nicht durch Anpassung an bestehende Verhältnisse, sondern durch die demokratische Gestaltung einer anderen Zukunft.



Teil III - Wie geht es im Programmprozess weiter?

Die Diskussion über die sozial-ökologische Transformation war erst der Auftakt. Der Programmprozess lebt davon, dass möglichst viele Mitglieder ihre Erfahrungen, Perspektiven und Ideen einbringen. Deshalb wird die Debatte in den kommenden Monaten mit weiteren Regionalkonferenzen fortgesetzt.

Dabei werden neben der sozial-ökologischen Transformation die Themen „Friedenssicherung, neue Blockkonfrontation und Europa“ sowie „Solidarische Migrationsgesellschaft“ bespielt. Ergänzt werden diese durch die beiden übergreifenden Debatten „Faschisierung und Rechtsruck“ sowie „In welchem Kapitalismus leben wir -und für welchen Sozialismus kämpfen wir?“. Gemeinsam sollen Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit entwickelt und Bausteine für ein neues Grundsatzprogramm erarbeitet werden.

Dabei geht es nicht darum, fertige Positionen von oben vorzugeben. Der Programmprozess versteht sich als gemeinsamer Lern- und Verständigungsprozess. Unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven sollen zusammengeführt, kontroverse Fragen offen diskutiert und gemeinsame politische Antworten entwickelt werden. Jede Regionalkonferenz schafft dafür einen Raum, in dem Mitglieder mitein-

ander ins Gespräch kommen, voneinander lernen und den programmatischen Kurs der Partei aktiv mitgestalten können.

Neben den Veranstaltungen vor Ort wird ein großer Teil der Debatte auch digital stattfinden. Online-Diskussionen, Arbeitsgruppen und weitere Beteiligungsformate ermöglichen es, sich unabhängig vom Wohnort in den Programmprozess einzubringen. So entsteht Schritt für Schritt ein Programm, das von der Breite der Partei getragen wird und die Erfahrungen ihrer Mitglieder widerspiegelt.

Das neue Grundsatzprogramm wird nicht am Schreibtisch weniger Autor*innen entstehen, sondern durch die gemeinsame Arbeit tausender Mitglieder. Jede Diskussion, jede Idee und jeder Beitrag helfen dabei, Antworten auf die sozialen, ökologischen und demokratischen Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln. Der Programmprozess bietet die Möglichkeit, nicht nur über die Zukunft der Partei zu sprechen, sondern sie gemeinsam zu gestalten.

Weiteres unter: programm.die-linke.de

